

Presseerklärung

BUND Marburg lehnt Bebauungsplanung Rotenberg und Hasenkopf ab

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Marburg fordert ein sofortiges Moratorium für die geplante Bebauung Rotenberg und Hasenkopf. Statt dessen hält er einen neuen umfassenden Planungsansatz mit Bürgerbeteiligung zur städtebaulichen Entwicklung Marburgs für dringend geboten.

Die bisherigen Planungen führen zu einer Versiegelung von wertvollen Biotopen und landwirtschaftlichen Nutzflächen im Außenbereich. Sie missachten damit die gebotene Schonung der natürlichen Ressourcen und stehen im Widerspruch zur elementaren Vorgabe des Baugesetzbuches. Demnach sollen Siedlungsausweitungen in die freie Landschaft allenfalls dann erfolgen, wenn ein unabweisbarer Bedarf besteht und dieser nicht anderweitig befriedigt werden kann. Diesen Beweis hat die Stadtplanung bislang nicht erbracht. Unter anderem werden Möglichkeiten zur Innenverdichtung nur in Bezug auf das Kernstadt-Quartier betrachtet, nicht aber für die Außenstadtteile. Die Ausblendung dieses Potenzials missachtet den Bürgerbeteiligungsprozess des Integrierten Kommunalen Entwicklungskonzeptes Marburg - IKEK -. Ziel dieses Projektes ist die Stärkung der Außenstadtteile und Sicherung ihres Bevölkerungspotenzials als Voraussetzung dauerhaft funktionsfähiger Bürgergemeinschaften. Die Stärkung dieses Potenzials sichert zudem den Bestand an öffentlicher Infrastruktur, die andernorts kostenaufwendig neu geschaffen werden müsste.

Die Planung der beiden Baugebiete liegt mindestens 15 Jahre zurück und ist völlig veraltet. Damit ist sie mangels einer adäquaten Bürgerbeteiligung aus der Marburger Zivilgesellschaft nicht legitimiert. Der BUND fordert, unter Beteiligung der BürgerInnen der Kernstadt und sämtlicher Stadtteile einen umfassenden städtebaulichen Planungs- und Beteiligungsprozess in Gang zu setzen, dessen Ergebnisse ihren Niederschlag finden in der anstehenden Fortschreibung des Regionalplanes Mittelhessen.

Der BUND stellt fest, dass elementare Fragestellungen zu der Realisierbarkeit der Baugebiete im Rahmen der Bürgerbeteiligung nicht beantwortet werden - u.a. Verkehr, Mobilität, Klima, Infrastruktur, Naturschutz -. Die anlässlich der Informationsveranstaltung am 15. Juni in der Stadthalle verteilte Standortanalyse ist diesbezüglich in keiner Weise ausreichend. Mit der im April bereits erfolgten Verkündung, dass es nicht mehr um das Ob, sondern nur noch um das Wie beider Baugebiete gehe, ist einer glaubwürdigen Bürgerbeteiligung durch den Marburger OB längst der Boden entzogen worden.

Insoweit ist die Bebauungsplanung Rotenberg/Hasenkopf mit denselben Mängeln behaftet wie die inzwischen stornierte Planung Grüner Wehr: Veraltete Planung, veraltete bzw. fehlende Gutachten zu elementaren Sachverhalten, mangelhafte Bedarfsanalyse, fehlende Transparenz, fehlende Planungsalternativen, zur Karikatur verkommene Bürgerbeteiligung.

Ein Beispiel: Die Planung missachtet die Konsequenzen aus der gerichtlichen Auseinandersetzung 2005-2007 zwischen einem Anlieger an der Hohen Leuchte und der Stadt Marburg sowie der dazu ergangenen Entscheidung des Verwaltungsgerichts Gießen. Der Kläger hatte auf die teilweise Sperrung der Hohen Leuchte für den Bergaufverkehr geklagt. Gestützt auf ihre Verkehrsbehörde hat die Stadt vorgetragen, eine weitere verkehrliche Belastung des Rotenberg sei nicht mehr möglich im Hinblick auf die Situation der Haarnadelkurve Sybelstraße/Rotenberg/Barfußertor auch unter Berücksichtigung des Schulstandortes Emil v. Behring-Schule. Eine zunehmende Belastung dieses Nadelöhrs wäre bei Realisierung des Baugebietes Rotenberg aber unausweichlich.

Zu den gebotenen Standards einer glaubwürdigen Bürgerbeteiligung bringt der BUND in Erinnerung: Als Konsequenz aus dem Konfliktfall Stuttgart 21 hat die Bundestagsfraktion der SPD im Februar 2012 ihr Konzept zur Bürgerbeteiligung in Planungsverfahren vorgelegt mit u.a. folgenden Forderungen:

„Bürgerbeteiligung darf nicht zum Mittel degradiert werden, um nachträglich Akzeptanz zu schaffen für vorher unter Ausschluss der Öffentlichkeit gefasste Beschlüsse. Die Bürgerinnen und Bürger müssen von Anfang an einbezogen werden, also bereits bei der Frage, ob ein Projekt überhaupt gebaut wird. Beteiligungsprozesse müssen ergebnisoffen sein. Dies bedeutet einen grundlegenden Wechsel in der Planungskultur: Transparenz statt Diskussionen hinter verschlossenen Türen, eine umfassende Öffnung der Planungsverfahren und ein neues, auf Dialog ausgerichtetes Selbstverständnis von Politikern und Verwaltungen.“

Marburg, 2. August 2018

gez. Ingmar Kirck, Sprecher des Bund für Umwelt und Naturschutz Marburg

Kontakte für Rückfragen:

Ingmar Kirck: 06421-6978012; mail: ikirck@web.de

Henner Gonnermann: 06421-35256; mail: henner.gonnermann@yahoo.de